

Habeck will mehr Tempo

Der grüne Wirtschaftsminister plant, mit einem Gesetzespaket den Ausbau der Erneuerbaren "um den Faktor drei" zu beschleunigen, um CO₂-Ziele zu erreichen.

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) will mit einer umfassenden Gesetzesinitiative den Weg zur Klimaneutralität des Landes ebnen. Bereits im Frühjahr soll das erste Gesetzespaket vom Bundeskabinett beschlossen werden, im Sommer folgt ein weiteres. "Wir starten mit gehörigem Rückstand", sagte Habeck am Dienstag bei der Vorstellung seines Plans.

Der bisherige Pfad würde zu einer deutlichen Zielverfehlung führen. Es gehe darum, "um den Faktor drei schneller zu werden". Deutschland werde auch 2021 sein Reduktionsziel "deutlich verfehlen" und laut Prognosen einen Anstieg der Emissionen um vier Prozent verzeichnen.

In den Mittelpunkt seiner Bemühungen will Habeck eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer **Energien** stellen. Der Industrie stellte Habeck Klimaschutzverträge in Aussicht. Mit diesen Verträgen gleicht der Staat die Mehrkosten klimaneutraler Produktionsverfahren aus.

Die **Energiebranche** bewertete Habecks Vorstoß überwiegend positiv. Es bestehe die Chance, "dass die vielen Fesseln und Bremsen gelöst werden, die in der Vergangenheit den dringend notwendigen Erneuerbaren-Ausbau abgewürgt haben", sagte Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Zentral seien schnellere Genehmigungen und die zügige Ausweisung von Flächen: "Wenn der Bundesregierung hier ein Durchbruch gelingt, kann das Sofortprogramm ein Meilenstein der **Energiewende** werden." Klaus Stratmann **Habeck will mehr Tempo**

Vom Koalitionspartner FDP war verhaltene Kritik zu hören: "An einigen Stellen müssen wir aufpassen, nicht über die ohnehin schon sehr ambitionierten Ziele des Koalitionsvertrags hinauszuschießen", warnte Lukas Köhler, klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Bis 2035 erscheine ein klimaneutrales Stromsystem ebenso illusorisch wie die vollständige Versorgung mit grünem Wasserstoff. "Daher sind wir gut beraten, am Koalitionsvertrag festzuhalten und Klimaneutralität sektorübergreifend bis 2045 anzustreben", sagte Köhler.

Für den Koalitionspartner SPD sagte Fraktionsvize Matthias Miersch mit Blick auf den alten Partner Union: "Nachdem wir jahrelang um jeden Fortschritt mit dem Koalitionspartner ringen mussten, fühlt es sich gut an, an einem Strang zu ziehen. Endlich besteht Konsens in der Frage, dass der maximale Ausbau der erneuerbaren **Energien** die wichtigste Aufgabe ist, um Deutschland klimaneutral zu machen."

Habeck warnte: Wenn es so weitergehe wie bisher, werde Deutschland Ende des Jahrzehnts seine klimaschädlichen Treibhausgase lediglich um 50 Prozent anstelle der angestrebten 65 Prozent gegenüber 1990 reduziert haben. "Das sind dann, in Zahlen ausgedrückt, 200 Millionen Tonnen zu viel." Die Aufgabe sei "gigantisch".

Die geplanten Maßnahmen des Wirtschaftsministers im Überblick: Novelle des **Erneuerbare-Energien**-Gesetzes (EEG) Eine Novellierung des EEG soll Bestandteil eines "Osterpakets" werden, in dem die vordringlichen Maßnahmen gebündelt werden, die dann vom Kabinett im Frühjahr verabschiedet werden sollen. Ziel der EEG-Novelle ist es, die von der Ampelkoalition angepeilten 80 Prozent Erneuerbaren-Anteil am Stromverbrauch bis 2030 zu erreichen. Bislang lag der Zielwert für 2030 bei 65 Prozent. Im vergangenen Jahr lag der Erneuerbaren-Anteil bei 42 Prozent.

Der Wert von 80 Prozent ist auch deshalb sehr ambitioniert, weil Habeck von einem deutlich höheren Stromverbrauch im Jahr 2030 ausgeht. Gründe dafür sind beispielsweise der Strombedarf für die Wasserstoffelektrolyse, die wachsende Bedeutung der Elektromobilität und die zunehmende Digitalisierung. Der Minister rechnet daher mit einem Strombedarf von 715 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2030. Heute sind es 560 TWh. Um beim Ausbau der Erneuerbaren voranzukommen, sollen vor allem die Ausschreibungsmengen erhöht werden.

Neues Gesetzespaket zum beschleunigten Solarausbau Das Paket enthält eine Reihe von Einzelmaßnahmen außerhalb des EEG. Die Möglichkeiten für den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen deutlich verbessert werden. Außerdem soll es deutlich attraktiver werden, Mieterstrom-Modelle anzubieten. Insgesamt geht es darum, die bürokratischen Hürden für den Betrieb von Photovoltaikanlagen in und rund um vermietete Mehrfamilienhäuser aus dem Weg zu räumen.

Mit dem Solarbeschleunigungspaket soll außerdem das Ziel des Koalitionsvertrags umgesetzt werden, alle geeigneten Dachflächen künftig auch tatsächlich für die **Solarenergie** zu nutzen. "Bei gewerblichen Neubauten wird **Solarenergie** verpflichtend, bei privaten Neubauten die Regel", heißt es im Sofortprogramm.

Mehr Flächen und weniger Auflagen für **Windenergie** Beim Ausbau der **Windenergie** sei in den vergangenen Jahren viel zu wenig geschehen, sagte Habeck. In den nächsten Monaten will er die Länder überzeugen, mehr Flächen für den Ausbau von Windkraft zur Verfügung zu stellen. Zwei Prozent der Landesfläche seien dafür nötig, sagte der Grünenpolitiker. Derzeit sind laut Umweltbundesamt 0,8 Prozent der Landesfläche für die Windkraftnutzung vorgesehen, lediglich 0,55 Prozent werden aber tatsächlich genutzt.

"Wir brauchen mehr Fläche", sagte Habeck. Nur Hessen und Schleswig-Holstein lägen in der Nähe des Ziels. Bis zum Sommer wolle er alle Länder bereist und mit den Fachministern oder Ministerpräsidenten gesprochen haben.

In Bayern will Habeck die Abstandsregelung von Wohnhäusern zu Windkraftanlagen kippen. Habeck sagte auf eine Frage zur "10-H-Regelung" in Bayern: "Da, wo Abstandsregeln vorgehalten werden, um Verhinderungsplanung zu betreiben, können sie nicht länger bestehen bleiben."

Die 10-H-Regelung in Bayern besagt, dass ein Windrad grundsätzlich mindestens das Zehnfache seiner Höhe von der nächsten Wohnbebauung entfernt sein muss. Es handelt sich um die schärfste Abstandsregelung in Deutschland.

Aus Bayern kam umgehend Widerspruch. "An der 10-H-Regel wird nicht gerüttelt. Die bayerische Regelung zur Windkraft sichert Akzeptanz und sorgt für Bürgerbeteiligung", sagte CSU-Generalsekretär Markus Blume der Deutschen Presse-Agentur. Habeck solle sich besser um den notwendigen Leitungsbau und das Verhindern von Versorgungslücken kümmern. "Auch ein rascher Vorschlag, wie die galoppierenden **Energiekosten** aufgefangen werden können, wäre im Interesse von Millionen Deutschen", ergänzte Blume.

Außerdem will Habeck dort Flächen verfügbar machen, wo Drehfunkfeuer der Flugsicherung und militärische Belange einer Nutzung bislang im Wege stehen. Habeck beziffert das Potenzial auf "acht bis neun Gigawatt" zusätzlicher Windkraftleistung, die so installiert werden könnten.

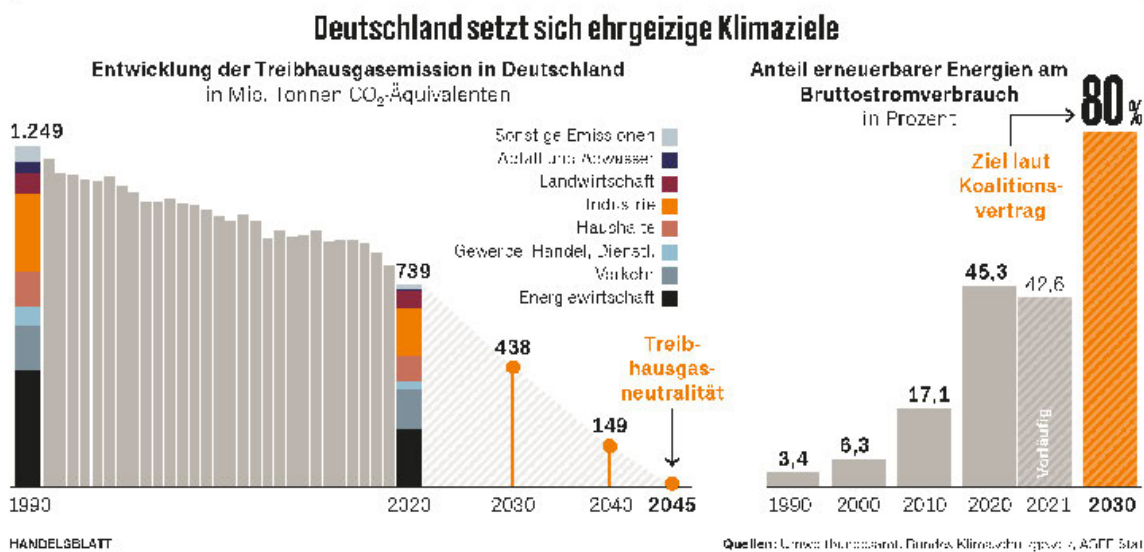
Differenzverträge zum Kostenausgleich für die Industrie Habeck stellt der Industrie in Aussicht, rasch die Voraussetzungen für die Bereitstellung von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference, kurz CCfD) zu schaffen. Dabei verpflichtet sich die öffentliche Hand gegenüber Unternehmen, bei Investitionen in neue, klimaneutrale Verfahren die Mehrkosten gegenüber Investitionen in konventionelle Technik und die Mehrkosten des laufenden Betriebs zu übernehmen.

Verbände und Ökonomen reagieren unterschiedlich Neben dem BDEW begrüßte auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dass Habeck das Thema nun vorantreiben will: "Die Ankündigung, Klimaschutzverträge als ein zentrales Instrument zur Unterstützung der Transformation in der Industrie einzusetzen, ist richtig. Um global wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht die Industrie für den Einstieg in klimafreundliche Produktionsverfahren verbindliche Förder- und Investitionsrahmen", sagte BDI-Präsident Siegfried Russwurm. Jetzt komme es darauf an, die Ankündigungen rasch in Taten umzusetzen.

Nach Überzeugung des Klimaökonomen Ottmar Edenhofer sind Differenzverträge untrennbar mit einem höheren CO₂-Preisniveau verknüpft. "Die Differenzverträge sind langfristig nur dann finanzierbar, wenn sie durch einen steigenden CO₂-Preis ergänzt werden. Denn die Differenz zwischen den Vermeidungskosten der Unternehmen und dem CO₂-Preis muss vom Staat bezahlt werden", sagte der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). "Ist der CO₂-Preis zu niedrig, wird diese Lücke groß - und dann wird es für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler teuer." Edenhofers Empfehlung: "Eine marktbasierende, steigende CO₂-Bepreisung mit Sozialausgleich sollte schnell vorangetrieben werden." Die Grünen hatten sich für einen stärkeren Anstieg des CO₂-Preises eingesetzt, konnten sich damit in den Koalitionsverhandlungen aber nicht durchsetzen. Klaus Stratmann

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

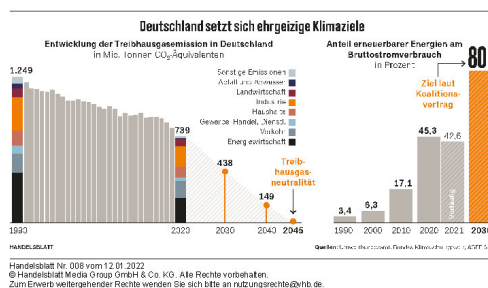
Wir müssen um den Faktor drei schneller werden, wenn wir das Klimaschutzziel für 2030 nicht verfehlen wollen. Robert Habeck Bundeswirtschaftsminister Ein rascher Vorschlag, wie die galoppierenden **Energiekosten** aufgefangen werden können, wäre im Interesse von Millionen Deutschen. Markus Blume CSU-Generalsekretär



Handelsblatt Nr. 008 vom 12.01.2022
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Tonnen CO₂-Äquivalenten Bereichen 1990 bis 2020, Anteil erneuerbarer **Energien** am Bruttostromverbrauch in Prozent 1990, 2000, ..., 2020, 2021, Ziel 2030 (UMW / Grafik)

Stratmann, Klaus



Quelle: Handelsblatt print: Heft 8/2022 vom 12.01.2022, S. 1

Ressort: Specials

Branche: ENE-01 Alternative **Energie**

Dokumentnummer: 10FFE722-0C37-4979-8A4C-5CD16707554F

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_10FFE722-0C37-4979-8A4C-5CD16707554F%7CHBPM_10FFE722-0C37-4979-8A4C-5

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH